„Der Courier"
Organ deutschsprechender Canadier
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"FREIEN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Verwaltung: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark.
In Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
In Amerika: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen unter „zu verkaufen", „Gesucht", usw., für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Das Problem der nationalen Minderheiten

Zu den wenigen heilsamen Folgen des letzten großen Völkermordens ist die feierliche Verkündigung der nationalen Minderheitenrechte zu rechnen. Damit wurde ein Grundsatz aufgestellt, der zwar zunächst nur auf jene „unterdrückten" Völkerschaften angewendet werden sollte, welche den alliierten Mächten wohlwollend gesinnt waren und von ihnen die Befreiung vom „Joche" der mitteleuropäischen Staaten erhofften. Doch ein Grundsatz kann nur dann volle Gültigkeit beanspruchen, wenn er allgemein, gerecht und gleichmäßig zur Anwendung gelangt. Das kann bis heute vom Grundsatze des Minderheitenrechtes leider noch nicht gesagt werden. Sonst wäre es unmöglich, daß unsere deutschen Brüder in Rumänien, in Jugoslavien, in Südtirol, in der Tschechoslowakei, in Polen, im Memelland und in anderen Teilen der zivilisierten Welt noch als die Aschenbrödel und Kulis von fremden Nationalitäten behandelt werden, welche kulturell tief unter den Deutschen stehen.

Eine wichtige Frage, über die wir uns alle klar sein müssen, ist die: Was hat man eigentlich unter nationalen Minderheiten zu verstehen? Die Antwort darauf ist nicht allzu schwer zu finden. **Der Begriff „Minderheit" besagt, daß eine kleinere oder größere Gruppe von Menschen mit bestimmter nationaler Eigenart, Sprache und Kultur einer Mehrheit von andersprachigen Menschen gegenübersteht.** Es ist wohl denkbar und möglich, daß die Mehrheit mit der Minderheit in einem erträglichen Verhältnis lebt und sie als gleichberechtigt in jeder Beziehung anerkennt. Nur so kann die Minderheitenfrage als gelöst betrachtet werden. Ein Beispiel dafür ist die britische südafrikanische Union, wo man den Deutschen ihre eigene deutsche Verwaltung und ihre eigenen deutschen Schulen gewährt hat. Ein weiteres Beispiel ist Estland, das der deutschen Minderheit in ähnlicher Weise entgegengekommen ist. Aber überall dort, wo man noch mit gewaltsamen Mitteln oder durch eine hinterlistige Politik den Menschen deutschen Blutes und deutscher Sprache nicht die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zugestehen will, wo man bei Besetzung öffentlicher Aemter in der Schulfrage oder sonstwie noch Unterschiede zwischen Bürgern desselben Landes macht, wird der Grundsatz des Minderheitenrechtes verletzt und ist die Minderheitenfrage akut.

Sehr umfassend und gründlich hat sich das Mitteilungsblatt des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Berlin NW. 7, Schadowstraße 2, „Der Weg zur Freiheit", in seiner Märznummer mit der bisherigen Behandlung der europäischen Minderheiten befaßt. Das Problem kann nach Auffassung dieses Blattes **nur durch ein klar festgelegtes Minderheitenrecht, das alle Staaten bindet und verpflichtet, gelöst werden.** Daß die Lösung durch den Völkerbund bisher nicht gefunden werden konnte, liege daran, daß die heute in Genf den Lauf der Dinge beeinflussenden Staaten sich nicht daran gewöhnen können, das Problem von großen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Vor allen Dingen müsse verhindert werden, daß das Recht der Völkerbundsklage auf Grund der Schutzverträge dauernd das Prinzip der Souveränität hemmend und ablehnend gegenübertritt. Es werden sodann die Ansätze in der Völkerbundsatzung wie in den Schutzverträgen hervorgehoben, die geeignet sind, bei einigermaßen gutem Willen der Bundes- und Ratsmitglieder Minderheitenschutz und Minderheitenrecht auf richtige Bahnen zu bringen. Auf der anderen Seite wird scharfe Kritik an dem bisherigen Verfahren der Völkerbundversammlung wie des Völkerbundrates geübt, namentlich an den Bestimmungen über die Einsetzung des Dreierausschusses wie an dem Ergebnis, das die letzten Völkerbundverhandlungen im September 1925 in der Auffassung der Ratmitglieder über das Problem der Minderheiten gezeitigt haben, die sich bisher mehr oder weniger auf den Standpunkt gestellt haben, daß man sich das Minderheitenrecht als eine Uebergangserscheinung gefallen lassen müsse, aber nur, um den vollkommenen Uebergang in die nationale Einheit der Staaten, in denen die betreffenden Minderheiten leben, vorzubereiten und zu schaffen.

Deutscher Unterricht in amerikanischen Hochschulen

Deutsche Sprache für höhere Bildung unentbehrlich.

Ueber den Beschluß des Union Board of High Schools in Cincinnati, im kommenden Herbst in den dortigen Hochschulen den Unterricht in der deutschen Sprache wieder einzuführen, äußert sich die „Cincinnatier Freie Presse" wie folgt:

„Der Beschluß, der von unserer lernbegierigen Jugend mit Freuden begrüßt werden wird, kommt reichlich spät. Andere Städte haben diesen Unterrichtszweig längst wieder eingeführt. Und das sind Städte, die eine städtische Universität nicht haben, wo also das Bedürfnis, den jungen Leuten ihre Studien auf einer eigenen Universität zu erleichtern, nicht vorlag. Es ist nun einmal so und auch der Krieg mit seiner Hetze und seiner Haßpropaganda gegen das kultivierteste Volk der Welt hat daran nichts geändert — es gibt wissenschaftliche Studien, die ohne Kenntnis der deutschen Sprache mit Erfolg nicht betrieben werden können. Die Abschaffung des deutschen Unterrichts in den amerikanischen Schulen war ein Akt, mit dem man Ehre vor der Welt nicht eingelegt hat. Es war ein Akt, der von kleinlicher gehässiger Gesinnung zeugte, und zum Ruhme des amerikanischen Volkes in seiner Gesamtheit muß gesagt werden, daß es an diesem Akt keinen Teil gehabt hat. Was die zuständigen Behörden für eine patriotische Tat hielten, war in Wirklichkeit eine ganz und gar unamerikanische Tat, und unsere Jugend hat dafür mit dem vorübergehenden Verlust eines unersetzlichen Bildungs- und Studienmittels büßen müssen. Jetzt soll diese Torheit auch in Cincinnati vergessen werden. Unserer studierenden Jugend werden die Schätze der deutschen Literatur und der deutschen Wissenschaft von neuem erschlossen sein. Dazu kann man sich nur beglückwünschen. Sache der deutschstämmigen Familien in allererster Linie wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß ihre Söhne und Töchter sich rechtzeitig zur Teilnahme am deutschen Unterricht anmelden. Damit man uns Amerikanern deutscher Herkunft nicht den Vorwurf machen kann, wir schätzten die vielfachen Möglichkeiten nicht, die durch die Wiedereinführung des deutschsprachigen Unterrichts für unsere Jugend eröffnet werden."

Tod des französischen „Thronfolgers"

Der verbannte Herzog von Orleans

Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, der auf den Thron Frankreichs Anspruch erhob, ist in seiner Villa in Palermo, Sizilien, nach kurzem Krankenlager den Folgen einer Lungenentzündung erlegen. Von seinen Verwandten war nur seine Schwester Marie Amalie, die Witwe des vor 18 Jahren verstorbenen Königs Karl von Portugal, an seinem Sterbebette anwesend.

Der Herzog von Orleans traf am 13. März auf einem seiner häufigen Besuche hier ein und plante, längere Zeit hier zu verweilen. Er wurde am 6. Februar 1869 als Sohn des im Jahre 1894 verstorbenen Grafen von Paris in Twickenham, England, geboren und war der Urenkel des letzten Königs von Frankreich, Ludwig Philipp. Am 5. November 1896 heiratete er in Wien Maria Dorothea, Erzherzogin von Oesterreich, eine entfernte Verwandte des Kaisers Franz Josef. Der Herzog lebte von seiner Gattin getrennt, von der er vor einigen Jahren wegen Rückzahlung erhaltener Darlehen gerichtlich belangt wurde.

Ludwig Philipp war bis zum Jahre 1903 in Belgien ansässig und wurde damals unter der Beschuldigung ausgewiesen, „daß er die Gastfreundschaft des belgischen Volkes mißbrauchte, indem er auf belgischem Boden eine Verschwörung gegen die französische Regierung anzettelte."

In den folgenden Jahren versuchte er vergeblich eine Nordpolexpedition auszurüsten. Sein großes Vermögen wurde von ihm leichtsinnig verschwendet und als der Weltkrieg ausbrach, war er in finanziellen Schwierigkeiten. Er bot damals der französischen Republik den Wald von Drene, einen Teil seiner Güter, um $2,400,000 an.

Die französische Regierung lehnte sein Gesuch, sich unter angenommenen Namen von der Fremdenlegion anwerben zu lassen, ab, und vergeblich versuchte er hierauf in die britische, belgische und russische Armee einzutreten. Alle diese Länder wiesen seine Gesuche aus Rücksicht auf die französische Regierung ab.

In seinem letzten Lebensjahre soll Ludwig Philipp schwachsinnig gewesen sein. Im letzten Jahre veröffentlichte er eine Erklärung, in der er seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß ihn Frankreich lediglich seiner Geburt halber dauernd verbannt habe, während selbst gemeinen Verbrechern durch Amnestie die Rückkehr in ihr Vaterland gestattet werde.

Die Memel-Deutschen protestieren beim Völkerbund

Der Landtag des Memel-Gebiets hat nach längeren vergeblichen Bemühungen, durch freundschaftliche Erledigung der Streitfragen zwischen dem Memel-Gebiet und Litauen zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zu gelangen, sich nunmehr entschlossen, einen Schritt beim Völkerbund zu unternehmen.

Eine Kommission ist beauftragt worden, eine Denkschrift aufzusetzen, in der der Völkerbund auf die Verletzungen der Memel-Konvention, durch die litauische Zentralregierung hingewiesen wird, mit der Bitte um Abstellung dieser Uebergriffe.

Der Beschluß, sich an den Völkerbund zu wenden, wurde in einer Sitzung des Memel-Landtages gefaßt, in welcher Präsident Kraus erklärt, daß die Regierung in Kowno alles Entgegenkommen zwecks Herbeiführung einer Verständigung als Schwäche auslegt und dementsprechend handelt. Er erinnerte daran, was die Völkerbund-Kommission, die seinerzeit unter Leitung von Norman Davis in Memel war, in ihrem Bericht an den Völkerbund zu der Frage der Autonomie für das Memelland gesagt hat. Die Kommission erklärte darin, daß sie sich nach dem von der ganzen Bevölkerung des Memel-Gebiets geäußerten Wunsch gerichtet habe, wenn sie versucht habe, dem Gebiet ein möglichst großes Maß von Selbständigkeit zu gewähren. Ferner sprach die Kommission in ihrem Bericht die Hoffnung aus, daß die litauische Regierung in gleichem Sinne an diese Frage herantreten werde.

In dieser Hoffnung habe sich die Kommission, wie Präsident Kraus ausführte, schwer getäuscht. Das Angebot der memelländischen Delegation sei von der litauischen Regierung bis heute noch nicht beantwortet, und das notwendige Geld, um den Verwaltungsapparat zu bezahlen und die obliegenden Aufgaben zu erfüllen, werde andauernd verweigert. Die Finanzverhandlungen in Kowno wegen des Anteils des Memelgebietes an den Zoll- und Monopoleinnahmen des Staates hätten kein Ergebnis gehabt. Diese Tatsache sei als eine erneute Verletzung der Memel-Konvention durch die litauische Regierung zu betrachten.

Das ganze Verhalten der Machthaber in Kowno zielt auf eine planmäßige Entrechtung der Memel-Deutschen ab. Das italienische Vorbild in Südtirol scheint die litauische Regierung veranlaßt zu haben, auch im Memel-Gebiet die Beseitigung des Deutschtums mit größtem Nachdruck betreiben zu wollen.

Weltumschau

Deutschland.

Telephonabonnenten in ganz Deutschland werden bald imstande sein, sich mit ihren Freunden, die in irgend einem der 36 Schnellzüge fahren, die in Deutschland im Betriebe sind, in Verbindung zu setzen. Die drahtlose Telephoneinrichtung, die vor drei Monaten im Berlin—Hamburg-Schnellzug installiert wurde, warf zwar bisher keinen großen Gewinn ab, war aber in anderer Hinsicht so erfolgreich, daß die Eisenbahnverwaltung und das Post- und Telegraphenministerium sich entschlossen haben, den Dienst nahezu alle Schnellzüge auszudehnen. Die Arbeiten für die Einrichtung der Zugtelephonie sind auf der Strecke Berlin—München bereits in Angriff genommen und sie sind für Fachleute darum von besonderem Interesse, weil hier im Bezirk der Reichsbahndirektion Halle Gelegenheit zum Studium der Einwirkungen der Hochspannungsleitungen der elektrischen Bahnstrecken auf den drahtlosen Telephonbetrieb gegeben ist.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin hat in zweiter Lesung den sozialdemokratischen, schon im Haushaltsausschuß mit Unterstützung eines Volksparteilers und eines Völkischen angenommenen Antrag angenommen, dahingehend, daß das mecklenburgische Staatsministerium um eine Prüfung darüber zu ersuchen ist, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten seien.

Die Reichsbank hat ihren Diskont von 8 auf 7 Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig wurde eine Herabsetzung des Zinsfußes auf Vorschüsse von 9 auf 8 Prozent bekannt gegeben. Aus dem Jahresbericht des Finanzinstituts geht hervor, daß sich dessen Reingewinn im letzten Jahre auf 12,000,000 Mark stellte. Eine Dividende von 10 Prozent wurde ausgeschüttet.

Oesterreich.

Der österreichische Kanzler Ramek hat nach einer Depesche die Propaganda der österreichischen Opposition, die einen Boykott italienischer Waren wünscht, entschieden verurteilt. Ein solcher Boykott, sagte er, wäre ein wirkliches Unglück. Er gab zu, daß Deutschland und Oesterreich eine Vereinigung wünschen. Ohne Zustimmung aller Länder, die im Völkerbund vertreten sind, sei dies aber unmöglich.

Rumänien.

Ein gegenseitiger Garantievertrag zwischen Polen und Rumänien, der an die Stelle des polnisch-rumänischen Bündnisses tritt, ist in Bukarest unterzeichnet worden. Der Vertrag folgt den Richtlinien des Artikels 10 der Völkerbunds-Satzung, welcher vorschreibt, daß „Mitglieder des Bundes sich verpflichten, den territorialen Besitzstand und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu achten und zu wahren." Die Gültigkeit des Vertrages, der von dem rumänischen Außenminister Duca und dem polnischen Gesandten in Bukarest unterzeichnet wurde, ist auf fünf Jahre angesetzt. Eine Schiedsgerichts-Konvention wird später unterzeichnet werden.

Ministerpräsident Bratiano überreichte König Ferdinand sein Abschiedsgesuch, das angenommen wurde. Die Brüder Bratiano, Jon als Premier und Vintilla als Finanzminister, wurden lange Zeit als tatsächliche Diktatoren von Rumänien betrachtet. Sie führten ihre Herrschaft durch die liberale Partei. Bei den Gemeindewahlen im Februar erlitten die Liberalen jedoch eine schwere Niederlage. Der vormalige Kronprinz Carol, der auf die Thronnachfolge verzichtet hat, lag mit Premier Bratiano im Streit. Er ist jetzt in Paris und sein nächster Schritt wird mit Interesse erwartet. Ein Wechsel in der Regierung bringt die Möglichkeit, daß der Prinz seine Rechte wieder übernimmt. Kürzlichen Berichten zufolge will der König General Averescu auffordern, ein Aushilfs-Ministerium zu bilden.

Dänemark

Dr. Anton Bast, Methodisten-Bischof für Skandinavien, der kürzlich des Mißbrauchs von Wohltätigkeitsgeldern überführt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat an den König ein Gesuch um Begnadigung gerichtet, auf den Grund hin, daß er an Zuckerkrankheit leide und in solchem Zustand die Gefängniskost nicht vertragen könne. Weiter erklärt er, es sei seine Absicht, nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren.

Polen

Die Bauern von Zablotow, das früher zu Oesterreich gehörte, wurden von den Behörden angewiesen, ein Denkmal von Kaiser Franz Josef als ein „verräterisches Ueberbleibsel des österreichischen Nationalismus" zu zerstören. Sie begruben darauf das Denkmal mit all dem Prunk und der religiösen Zeremonie, die einem Nationalhelden erwiesen werden.

Auf dem Marktplatz wurde die Statue in einen mit Blumen angefüllten Sarg gelegt. Die Kapelle spielte einen Trauermarsch. Tausende von Bauern, viele weinend und schluchzend, folgten dem Leichenwagen nach dem Friedhof. Der Sarg wurde in ein Grab gelassen, auf welchem ein anderes Monument errichtet wird.

Frankreich.

Bei der im zweiten Distrikt von Paris stattgefundenen zweiten Ersatzwahl für zwei durch das Ableben von Abgeordneten frei gewordene Kammersitze wurden die kommunistischen Kandidaten gewählt. Die zweite Wahl mußte angeordnet werden, weil in der ersten am 14. März keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit hatte. Nun errangen die kommunistischen Kandidaten mit Hilfe der Stimmen der Radikalen und Sozialisten eine geringe Majorität über die Nationalisten.

Ein Bericht über eine bevorstehende Heirat von Briand, dem ledigen Premierminister von Frankreich, wurde entschieden bestritten. „Wie könnte ich heiraten?" fragte Briand. „Ein junges Mädchen will mich nicht und ein altes möchte ich nicht."

Mit 340 Gefangenen in Sträflingskleidung bahnt sich das französische Sträflingsschiff La Mariniere den Weg durchs atlantische Meer. Das Schiff fährt nach der Teufelsinsel, der Strafkolonie vor der Küste von Französisch-Guinea. Dort, im nordöstlichen Teil von Südamerika, 350 Meilen nördlich vom Aequator, werden die Sträflinge, manche lebenslänglich verurteilt, Buße für ihre Verbrechen tun. Bei der Abfahrt kamen aus den Tiefen des Schiffes von den Sträflingen, die zu einem lebenden Tod auf der Teufelsinsel verurteilt sind, Verwünschungsrufe gegen das Land ihrer Geburt. Keine Ehefrauen waren zum Abschied von ihren Gatten zugegen. Fünf Mut er und sieben Schwestern hatten die Reise nach Le Havre gemacht, durften sich aber von den verzweifelten Gefangenen nicht verabschieden. Einer der Verbrecher, von Bewegung überwältigt, als er seiner Geliebten ein Lebewohl zuwinkte, fiel tot zu Boden. Nur einer der Gefangenen schien gefaßt. Nach einem Wächter war es Gabriel Nourey, der vor einigen Jahren als Butler den verstorbenen Bankier Shattuck in New York zweimal beraubte, die Familie in den Weinkeller sperrte und Schmuck im Werte von $90,000 stahl. Er wurde nach Frankreich verfolgt und zum Tode verurteilt. Die Fürbitte von Shattuck rettete ihn vor der Guillotine. Er ist jetzt unter einem lebenslänglichen Urteil nach der Strafinsel unterwegs.

England

Die Frauen der Kohlengräber aller englischen Reviere haben beschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einen Generalstreik im Mai zu verhindern. Am 1. Mai wird die Subvention der Regierung für die Kohlenindustrie eingestellt werden und man befürchtet, daß die Grubenbesitzer die Arbeiter durch Ankündigung von Lohnerniedrigungen in den Streik treiben werden.

Eine Einigung zwischen den Vertretern der Kohlenindustrie und den Kohlengräbern ist bisher nicht zustandegekommen. Die Frauen der Kohlengräber wollen nun selbst zu den Grubenbesitzern und Unternehmern gehen, um sie zu ersuchen, den ersten Schritt zu Unterhandlungen mit den Arbeitern zu tun.

Die Frauen haben auch für den 17. April eine Massendemonstration gegen den Streik in London vorbereitet und die Bahnen haben sich bereit erklärt, 40,000 Gattinnen von Kohlengräbern aus allen Teilen Englands nach London zu bringen.

Der Absatz der Kohle hat sich seit der Wiederaufnahme der Förderung in den pennsylvanischen Anthrazitgruben verschlechtert. Die Wochenförderung beträgt jetzt 5,400,000 Tonnen gegen 5,500,000 Tonnen im Februar-Durchschnitt. Dazu kommt, daß infolge Mangels an Schiffsraum die Fracht sich beträchtlich erhöht hat, wodurch die Steigerung des Kohlenpreises teilweise wettgemacht wurde.

Italien.

Nach einer die ganze Nacht dauernden Sitzung traf der Großrat der Faschisten einen weiteren wichtigen Schritt, um Mussolini's Traum vom vollkommenen Faschistenstaat zu verwirklichen. In diesem Staate sollen Kapital und Arbeit für allgemeine Wohlfahrt zusammenwirken. Der Beschluß wurde kurz nach Tagesanbruch gefaßt. Zuerst wurde Vorkehrung für direkte Gewerkschaftsvertretung im Senat getroffen, zweitens ist Augusto Turati aus Brescia, ein bekannter Organisator faschistischer Arbeiter-Gewerkschaften, in das Generalsekretariat der Faschistenpartei berufen. Turati wird der Nachfolger von Roberto Farinacci als Generalsekretär. Seine Gehilfen sind der römische Faschistenleiter Melchioriand und drei Abgeordnete. Dies ist umso bedeutungsvoller, als alle vier zugleich Organisatoren von Arbeitergewerkschaften sind.

Persien.

Die persische Nationalversammlung hat einen Vertrag zwischen der persischen Regierung und der deutschen Junker-Flugzeuggesellschaft ratifiziert, nach welchem diese Gesellschaft das Recht erhält, zwischen Teheran und Enseli einerseits und Tetzeren und Buschir am Persischen Golf andererseits eine regelmäßige Flugzeugverbindung zu unterhalten. Die Konzession wurde für fünf Jahre erteilt. Der Verkehr dürfte schon im April aufgenommen werden und binnen drei Monaten auch Anschlußlinien zum europäischen Flugverkehrsnetz erhalten.

Vereinigte Staaten.

Ein Malzgetränk, das 3.75 Prozent Alkohol enthält, wie Bier aussieht und wie Bier schmeckt, wird für eine Probezeit von sechs Monaten auf den Markt gebracht. Der Prohibitionschef Andrews gab die Genehmigung hierzu. Erlaubnisscheine zur Herstellung und zum Verkauf dieses Getränks in allen Apotheken des Landes ohne die Notwendigkeit von Rezepten wurden an Anheuser-Busch in St. Louis und die Papst-Brauerei in Milwaukee ausgestellt. Nach einer Vorschrift muß jedoch dieses sogenannte Gesundheitsgetränk 25 Prozent Malz enthalten.

Mexiko.

In den Bergen des mexikanischen Bundesstaates Chiapas ist das Grab des letzten Aztekenkaisers von Mexiko, Cuauhtemoc, aufgefunden worden. Cuauhtemoc verteidigte im Sommer des Jahres 1521 Tenochtitlan, die frühere Hauptstadt Mexikos, drei Monate lang gegen die Angriffe der spanischen Truppen, bis die Stadt völlig in Trümmer gelegt war. Auch nach dem Fall der Stadt erhofften die Azteken von Cuauhtemoc die Wiederherstellung des Eingeborenenreiches und Cortez nahm den Kaiser auf der Suche nach neuen Abenteuern mit. Im Staate Chiapas beschuldigte er jedoch den Aztekenfürsten der Verschwörung, stellte ihn vor ein Kriegsgericht und ließ ihn hängen.

Südafrika

„Die Schwarzen von Südafrika sind durch Gesetz vor Unterdrückung durch die Weißen geschützt," sagte General Hertzog, der Premierminister von Südafrika, in einer Unterredung. „Und wir wollen auch die Weißen gegen Unterdrückung durch die Schwarzen schützen."

Nach der Vorlage dürfen nur Weiße als gelernte Arbeiter beschäftigt werden, vornehmlich im Bergbau.

General Smuts protestiert gegen eine solche Gesetzgebung, weil sie eine ungerechte Benachteiligung der Neger sei. Er verlangt insbesondere, daß die Bestimmungen nicht auf die Kapprovinz ausgedehnt werden, wo die Schwarzen seit langem das Stimmrecht und erheblichen politischen Einfluß besitzen. Auch in Natal zeigt sich starker Widerstand.

Europäischer Stahltrust

England schließt sich an Deutschland, Luxemburg, Belgien und Frankreich an.

Zu den dieser Tage in Paris zu einem erfolgreichen Abschlusse gebrachten Verhandlungen über die Errichtung eines internationalen Schienen-Syndikates, dem die führenden Stahlwerke von Deutschland, Luxemburg, Belgien, Frankreich und England angehören, wird von zuständiger Seite bewirkt, daß die Beteiligung Englands an dem Kartell überaus bedeutungsvoll sei, zumal es in der jüngeren Zeit sich derartigen Vereinbarungen gegenüber prinzipiell ablehnend verhalten habe.

Man sagt, daß auch in England immer mehr die Erkenntnis durchbreche, daß bei der augenblicklich so verfahrenen Lage des Weltmarktes und um gegen die gewaltige Stoßkraft Amerikas ein Gegengewicht zu bilden, es besser sei, die zersplitterten Kräfte Europas zu zentralisieren.

Bisher sei bei Frankreich und England das Bestreben darauf gerichtet gewesen, ihre eigenen Industrien zu nationalisieren, aber der Erfolg Englands in dieser Hinsicht sei bisher alles andere wie ein durchschlagender gewesen. Das gehe am deutlichsten aus der neuesten Entwicklung des englischen Außenhandels hervor. Auch die Besserung in den ersten beiden Monaten dieses Jahres trage das gleiche Merkmal wie der deutsche Außenhandel in derselben Periode, denn die Besserung sei ausschließlich auf Kosten der Einfuhr erzielt worden, wobei außerdem die Ausfuhr Englands sogar noch eine Verminderung erfahren habe. Dieser Ausfall in dem Export sei zum Teil in der Senkung des Kohlenabsatzes begründet.

Es wird dann erklärt, daß die Bedeutung der englischen Kohlenindustrie für die Gesamtwirtschaft Großbritanniens eine weit überragendere sei als in anderen Ländern.

Auf die Klagen der englischen Grubenbesitzer über den angeblich immer schärfer werdenden deutschen Wettbewerb eingehend, wird gesagt, daß man sich in England vor allem darüber klar sein sollte, daß der deutsche Ausfuhrhandel durch die Reparationsbestimmungen nicht unterstützt worden sei, wie manche Engländer behaupten.

Auf spezielle Abmachungen mit Deutschland in der Regelung des Kohlenabsatzes und in der Preisstellung auf dem Weltmarkt scheinen sich die Engländer nicht einlassen zu wollen. Wenigstens erwähne das Gutachten der englischen Kohlenkommission hierüber nichts. In dieser Hinsicht, wie dies auch in der Weiterentwicklung der englischen Elektrizitätsindustrie der Fall sei, wolle England anscheinend für sich bleiben.

Schließlich wird erklärt, daß mit Rücksicht auf alle in Betracht kommenden Umstände es ein wesentlicher Fortschritt sei, wenn sich England an den internationalen Verhandlungen in der Eisenindustrie beteilige. Man bemerkt, daß wohl die grundlegenden Prinzipien des Schienenkartells jetzt festliegen; daß jedoch, soweit es Frankreich angehe, noch zwei Fragen zu klären seien, nämlich, ob bis zum Zeitpunkt der Ausfertigung eines endgültigen Abkommens der Franc stabilisiert sein wird und zweitens, wie die Franzosen das deutsche und das einzige Absatzgebiet umgrenzen, nachdem es ihnen mit Hilfe ihrer entwerteten Währung gelungen war, ihre Produktion sowie ihren Absatz außerordentlich zu steigern.

Das reichste Kind der Welt ist die zwölfjährige Tochter des verstorbenen amerikanischen Tabakkönigs J. B. Duke; ihr Vater hinterließ ihr annähernd zweihundert Millionen Dollars. — Und da gibt es noch Leute, die behaupten, das Rauchen sei zu nichts gut.

Mussolini und die „Tiroler Reliquie"

Von Unterstaatssekretär a. D. Pflügl, Wien.

Der größte Staatsmann, den das italienische Volk hervorgebracht hat und dem es zum großen Teile seine politische Einigung verdankt, Graf Cavour, würde trauernd seinen Kopf verhüllen, wenn er wüßte, wie weit die gegenwärtigen Lenker der Geschicke Italiens von der Bahn der liberalen Traditionen abgewichen sind, die — wie es unter anderen wiederum Senator Tittoni im September 1919 in der römischen Kammer versichert hatte — seinen Ruhm und seinen Vorzug ausmachen.

Denn Cavour war ein wirklich liberaler Mann, der durch und durch rechtlich dachte. Wenn er zur Angliederung eines rein deutschen Landes, wie es Deutsch-Südtirol ist, an Italien überhaupt seine Zustimmung gegeben hätte, nie und nimmer wäre den neuen Staatsgenossen deutscher Zunge gegenüber eine Unterdrückungspolitik eröffnet worden, die sein kleiner Epigone Mussolini im Lande Andreas Hofers heute betreibt. Cavour hätte wohl restlos sich der Ansicht Luzzattis angeschlossen, der auch am Monte Cittorio von einer Ehrenpflicht der Regierung und des Parlamentes gesprochen hatte, den Deutschen, die nur aus Gründen der nationalen Verteidigung angegliedert werden mußten, autonome Einrichtungen zu gewähren. Cavour, der Schmied der Einheit Italiens, hätte sich nie dazu hergegeben, Vollstrecker des Willens der welschtiroler Deutschenhetzer zu werden.

Der geistige Urheber der heutigen Regierungspolitik Roms in Südtirol ist ja der bekannte Senator Ettore Tolomei: dieser Fanatiker verdankt seine Berufung in die große gesetzgebende Körperschaft Italiens seiner langjährigen hochverräterischen Tätigkeit gegen seinen österreichischen Heimatstaat. Als er vor einigen Jahren in Bozen sein Verwelschungsprogramm für Südtirol — das Programm der nationalen Reinigung, wie er es nannte — der Oeffentlichkeit übergab, lächelten wohl viele über die darin enthaltenen größenwahnsinnigen Forderungen. Verlangte Tolomei doch allen Ernstes das Verbot der „mißbräuchlichen" Gebietsbezeichnungen „Südtirol", „Deutsch-Südtirol", Unterdrückung des in Bozen erscheinenden Tageblattes „Der Tiroler", die Versetzung des Standbildes des Minnesängers Walthers von der Vogelweide in Bozen, die Italienisierung aller „germanisierten" Familiennamen usw. Heute sehen wir mit Schaudern, daß Mussolini sich die deutschfeindlichen Forderungen Tolomeis zu eigen gemacht hat und sie folgsam durchführt. Im Lande des Fascios ist eben alles möglich. Der Duce hat ja sogar Tolomei mitteilen lassen, er werde — wohl als neuerliche Anerkennung des vorbildlichen Wirkens dieses Roveretaner Irredentisten — das Zimmer in dessen Landhause, in dem das Verwelschungsprogramm zu Papier gebracht wurde, auf Staatskosten einrichten lassen.

Mussolini wendete sich in seiner Drohrede gegen das Deutschtum, gegen die falschen Nachrichten der deutschen Presse über die Vorkommnisse in Südtirol und wies insbesondere die Meldung über die Absicht der Abtragung des Walther-Denkmals und des Verbotes der Belieferung Bozens mit Weihnachtsbäumen ins Bereich der Fabel. Demgegenüber erinnern wir nur an den Beschluß des 30. Kongresses der Dante Alighieri-Gesellschaft in Turin vom 22. September 1925, der im Einverständnisse mit den Behörden die Entfernung des Standbildes des deutschen Minnesängers fordert.

Tolomei selbst gab in dieser Sitzung Aufklärungen über eine gegenständliche bereits erfolgte Verfügung der Regierung. Diese lautet nach dem vorliegenden Verhandlungsberichte:

„Die Statue Walthers von der Vogelweide (des deutschen Minnesängers aus Thüringen, welche auf dem Hauptplatze in Bozen als künstlerisches Wahrzeichen ewig lebenden Germanentums errichtet wurde) wird in ein Museum überführt werden. An ihrer Stelle wird sich zur allgemeinen Befriedigung eine Nachbildung der klassischen Statue des Drusus erheben, des Eroberers des oberen Etschtales, des Gründers der Stadt Bozen."

Ein Erlaß irgend einer amtlichen Stelle muß daher vorgelegen haben. — Wenn es nicht durchgeführt wurde und wenn im letzten Augenblicke doch noch Weihnachtsbäume in Bozen zum Verkaufe zugelassen wurden, so ist dies nur dem großen Drucke zuzuschreiben, der durch die Pr[illegible] der gesitteten Welt, die darüber schrieb, auf Rom ausgeübt worden ist. Dies ist die allgemeine Ansicht in ganz Südtirol.

Der Fascismus spricht immer von der Größe Italiens. Wie soll dann eine Minderheit von rund 225,000 Deutschen eine ernsthafte Gefahr für das 40 Millionenvolk der Italiener bilden? Es wäre wirklich traurig bestellt um die italienische Nation, wenn die Sicherung der heutigen Nordgrenze ihres Königreiches von der Entdeutschung der Südtiroler abhängig wäre. Es stimmt daher nicht alles mit der Bezeichnung, die der große Duce in der römischen Kammer der Südtiroler Minderheit zu geben für gut befand. Er sprach von einer

(Fortsetzung auf Seite 5.)